



Abschiebungen – neue Herausforderungen für die Polizei?

Im nordhessischen Witzenhausen kam es im Zuge einer Abschiebemaßnahme zu Auseinandersetzungen zwischen Aktivisten, Anwohnern, Sympathisanten und eingesetzten Kräften der Polizei. Annähernd 60 Personen haben die durch die Vollzugspolizei getroffenen Abschiebemaßnahmen gewaltsam verhindern wollen. Was bleibt, sind körperliche Blessuren, wechselseitige Beschuldigungen und Anzeigen. Angegriffene Polizeibeamte wurden mit Reizgas traktiert, geschlagen und mit Steinen beworfen. Die Aktivisten gingen dabei nicht zimperlich vor, wähten sich im Recht, dass die Abschiebemaßnahme gegen den 27-jährigen Syrer rechtswidrig sei.

Demonstranten und Aktivisten beschuldigen die Polizei, sprechen gar von Polizeiwillkür und Polizeigewalt. Etwa ein Dutzend Protestierende sollen verletzt worden sein.

Unsere Kolleginnen und Kollegen, die in solchen Fällen im Rahmen von Vollzugshilfersuchen der zuständigen Regierungspräsidien tätig werden, handeln im Auftrag. Das Bundesamt für Migration (BAMF) und die Regierungspräsidien treffen die Entscheidung über eine vorzunehmende Abschiebung. Es obliegt dann der Vollzugspolizei, meist außerhalb der Regelarbeitszeit, diese angeordneten Maßnahmen durchzuführen und auch in letzter Konsequenz zu vollziehen. Da hilft es den Polizeibeamten wenig, wenn nachts um drei darüber gestritten wird, ob eine Abschiebung rechtmäßig ist oder nicht, denn die Verantwortlichen in den Regierungspräsidien sind nicht erreichbar. Wie bekannt wurde, kam dann auf der Fahrt zum Flughafen der Anruf, dass die Abschiebung nicht hätte durchgeführt werden dürfen.

Auch im baden-württembergischen Ellwangen eskalierte der Streit bei einer Abschiebungsmaßnahme. Rund 150 Flüchtlinge sollen

versucht haben, eine angeordnete Abschiebung gewaltsam zu verhindern. Dabei standen 150 Flüchtlinge 24 Polizeibeamten gegenüber mit der Folge, dass zunächst die Maßnahme abgebrochen wurde. Der Wiedererkannte wurde dann einige Tage später festgenommen, dabei bedurfte es eines massiven Kräfteinsatzes.

Mit Blick auf Witzenhausen erwarten unsere Kolleginnen und Kollegen zu Recht, dass ihnen der Rücken gestärkt wird. Sehr deutlich formuliert bedeutet es, dass sich die Behördenleitung zunächst vor die am Einsatz beteiligten Kolleginnen und Kollegen stellen sollte. Wie zuletzt der osthessische Polizeipräsident Günther Voß, der sich in der Presse vor seine Mitarbeiter stellte. „Ich habe bisher keinen Zweifel an dem rechtmäßigen Handeln der eingesetzten Kräfte.“ Er verurteilte die Art und Weise von vorschnellen und undifferenzierten Urteilen über das Handeln der eingesetzten Kolleginnen und Kollegen.

Wir haben die Thematik der eskalierenden Gewalt bei Abschiebemaßnahmen vor dem Hintergrund der aktuellen Ereignisse bereits mit Herrn Staatssekretär Werner Koch und Landespolizeipräsident Udo Münch beraten. Unser erklärtes Ziel ist es, dass die rechtsstaatlichen Vollzugshandlungen der Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten von einem besonderen behördlichen Interesse und damit auch einem besonderen Schutz, der sich auch in der Gewährung von behördlichem Rechtsschutz dokumentiert, begleitet werden!

Wenn das zuständige Regierungspräsidium erst von der Rechtsanwältin des abzuschiebenden Syrers über die Rechtslage aufgeklärt werden musste, ist das ein behördliches Versagen. Dieses ist nicht den Kolleginnen und Kollegen der Polizei anzulasten. Blockaden und der Nicht-



Jens Mohrherr

befolgung polizeilicher Anordnungen wurden, von den eingesetzten Polizisten vor dem Hintergrund der Durchsetzung der Maßnahme entgegengewirkt. Es wird sich zeigen, ob und inwieweit die gegen die beteiligten Polizeibeamten eingeleiteten Verfahren haltbar sind.

Im politischen Raum eskaliert derweil der Streit darüber, wie mit Flüchtlingen und Abschiebungen konsequenterweise umzugehen ist. Dabei ist es beschämend, wenn den Polizeibeamten vorgeworfen wird, der Rechtsstaat würde kapitulieren, wenn polizeiliche Maßnahmen abgebrochen werden müssen, weil nicht genug Verstärkung wie in Ellwangen für die Durchsetzung der Maßnahmen vorhanden ist. Nach Recherchen der GdP Bund wurden im vergangenen Jahr 24 000 Abschiebungen durchgeführt. Rund 66 Abschiebungen am Tag, die durch Kräfte der Regelorganisationen der Polizei durchgeführt werden müssen. Immer häufiger werden in Hessen Vollzugshilfersuchen durch die

Fortsetzung auf Seite 2



Fortsetzung von Seite 1

zuständigen Regierungspräsidien kurzfristig erlassen, mit der Folge, dass unsere Kolleginnen und Kollegen Abschiebungsmaßnahmen durchzuführen haben. Diese sind wie in den vorgenannten Fällen nicht immer friedlich. Natürlich sind auch die psychischen Belastungen in diesem Zusammenhang erwähnenswert, denn für die Abzuschiebenden bricht beim Vollzug der Abschiebungsmaßnahme „nicht nur eine Welt“ zusammen. Auch bei den Kolleginnen und Kollegen hinterlassen diese Maßnahmen Spuren.

Die Pläne von Bundesinnenminister Horst Seehofer, in Deutschland sogenannte Abschiebezentren einzurichten, macht es für die Polizei nicht leichter. Mit welchem Personal

sollen die möglichen Ankerzentren bewacht werden? Welche Maßnahmen müssen innerhalb dieser Abschiebezentren getroffen werden? Wenn bis zu 1500 Asylsuchende aus unterschiedlichen Kulturkreisen und Religionsgemeinschaften hinter Zäunen mit Stacheldraht auf ihre Asylverfahren warten, ist der Einsatz der Polizei, etwa bei Streitigkeiten oder Diebstählen vorprogrammiert. Oliver Malchow, Bundesvorsitzender der GdP bringt es auf den Punkt: „Wir sind keine Wachbataillone, wir sind ausgebildete Polizeibeamte. Wir wissen gar nicht, warum wir Menschen, die hier Asylanträge gestellt haben, die Freiheit nehmen müssen.“

Stattdessen werden für beschleunigte Asylverfahren die stark belasteten Verwaltungsgerichte personell im

Stich gelassen. Es fehlen nach Informationen des Richterbundes Hunderte Richterstellen. Mit der Folge, dass auch hessische Verwaltungsrichter mehrere Tausend Asylverfahren bearbeiten müssen. Diesem zeitlichen Verzug kann man nur mit einer konsequenten Personalpolitik begegnen. Dies gilt gleichermaßen für Justiz und Polizei. Uns hilft es wenig, wenn sich Politiker, wie in Bayern der Bundestagsabgeordnete de Vries (CDU), in der Presse zitieren lassen, es gebe „interessierte Kreise, die unser Asylrecht und den Rechtsstaat ausnutzen und belasten, indem massenhaft Widersprüche und gerichtliche Verfahren angestrengt werden, die offensichtlich aussichtslos sind“.

Jens Mohrherr,
stellv. Landesvorsitzender

TARIFVERHANDLUNGEN

Tarifabschluss im Bund und den Kommunen: Die Konkurrenzfähigkeit der hessischen Polizei muss im Ländervergleich Bestand haben!

Die GdP Hessen fordert, den Tarifabschluss bei Bund und Kommunen als Ausgangslage und Orientierung für die hessischen Landesbeschäftigten zu fundamentieren und als Grundlage für die anstehenden Tarifverhandlungen anzunehmen!

Heinz Schiskowsky, für Tarifpolitik zuständiger stellv. hessischer GdP-Landesvorsitzender: „Dieser Tarifabschluss ist wegweisend für die Verhandlungen zum TV-H für die Bediensteten des Landes Hessen im Frühjahr 2019. Die GdP fordert die Teilhabe an der positiven wirtschaftlichen Entwicklung für die Polizeibeschäftigten und damit die Wertschätzung, die sie verdient haben!“

Für unsere kommunalen Beschäftigten ist dieser Abschluss ein guter Erfolg!“

Mit dem besten Ergebnis seit vielen Jahren ist der Tarifstreit bei Bund und Kommunen nach der dritten Verhandlungsrunde zum Abschluss gelangt.

Rückwirkend ab 1. März erhalten

die rund 2,3 Mio. Beschäftigten des öffentlichen Dienstes im Bereich des TVöD knapp 3,2% mehr, zum 1. April 2019 knapp 3,1% und zum 1. März 2020 weitere 1,06%.



Bild: Thorben Wengert, pixello.de

Die Ausbildungsvergütung steigt um 100 Euro. Gleichzeitig wurde für die unteren Einkommen mit Wirkung vom März 2018 eine Einmalzahlung von 250 Euro vereinbart. Nach Aussage von Bundesinnenminister Seehofer soll dieses Ergebnis auch auf die Beamtinnen und Beamten beim Bund und in den Kommunen zeit- und wirkungsgleich über-

tragen werden. Die hessischen Beschäftigten richten nunmehr gespannt ihren Blick auf die anstehenden Tarifverhandlungen, die im Spätherbst beginnen. Hessen ist nach wie vor eine Insel und nicht in der Tarifgemeinschaft deutscher Länder. Auch in unserem Bundesland muss eine spürbare Attraktivität und Verbesserung der Entgelte dafür sorgen, dass die hessische Polizei gerade im direkten Vergleich mit den anderen Bundesländern für junge Menschen eine gute Wahl bei der Arbeitsplatzsuche ist und konkurrenzfähig bleibt! Die Teilhabe am wirtschaftlichen Erfolg Hessens muss auch bei den im öffentlichen Dienst Beschäftigten ankommen!

Sobald weitere Informationen vorliegen, werden wir diese unseren Beschäftigten zur Kenntnis geben. Dazu fordern wir eine zeit- und wirkungsgleiche Übertragung auf die Beamtinnen/Beamten sowie die Versorgungsempfänger!

GdP Hessen



ZUSTÄNDIGKEITEN

Geschäftsverteilung beim hessischen Landesvorstand

Beim 26. Landesdelegiertentag Anfang April in Marburg wurde ein neuer Landesvorstand gewählt. Durch zwei Wechsel im Gremium wurden nun die Aufgaben neu geregelt. Die Zuständigkeiten sind wie folgt verteilt:



Vorstandsbild: v. l. n. r. Markus Hüschenbett, Karsten Bech, Karin Schäfer, Sylvia Schwegel-Otto, Heinz Schiskowsky, Lars Elsebach, Andreas Grün, Harald Zwick, Stefan Ruppel, Jens Mohrherr, Jörg Bruchmüller (GdP Bund), Katrin Kuhl, Lothar Hölzgen (Landeskontrollausschuss)

Vorsitzender	Grün	Leitung Landesbezirk	Orga - Personal	Repräsentation-PÖA	Grundsatzfragen
		DGB HE-THÜ	Polizeirecht	Hochschule	Bundesvorstand
Stv. Vorsitzender	Schiskowsky	Tarifpolitik	Sozialpolitik	Arbeitsschutz	LFA -WAPO/OPO
		Rechtsschutz			
Stv. Vorsitzender	Ruppel	Berufsvertretungsst.	Seminare-Bildung	Schutzpolizei	Schichtdienst
		Vertrauensleute			
Stv. Vorsitzender	Mohrherr	HPR	Bereitschaftspolizei	Beamtenrecht	Landeshaushalt
		Deutsche Polizei	Hochschule		
Stv. Vorsitzender	Schäfer	Rechtsschutz	Verkehrsrecht	Personengruppen	Einsatzbetreuung
		Polizeitechnik			
Kassiererin	Schwegel-Otto	Haushalt / Finanzen	Kooperationspartner	Werbebeauftragte	
Stv. Kassiererin	Kuhl	Haushalt / Finanzen	Internet / HP	Verwaltungsbeamte	Anträge LDT
Schriftführer	Bech	Rechtsschutz	Beihilfe	Landeshaushalt	
Stv. Schriftführer	Hüschenbett	Rechtsschutz	Deutsche Polizei	Seminare-Bildung	Einsatzbetreuung
			Landesredaktion		
Gleichberecht. Mitglied	Elsebach	Kriminalpolizei	Beamtenrecht	SM : Twitter/Instagram	
		LFA - Kripo	Polizeitechnik		
Gleichberecht. Mitglied	Zwick	SM: Facebook	Berufsvertretungsst.	Arbeitszeit/IZEMA	Schichtdienst
		Vertrauensleute	Homepage		

Berufsvertretungsstunde wieder erfolgreich für die GdP

Im Februar fand wieder an allen Studienstandorten die Berufsvertretungsstunde statt, bei der wir Gelegenheit haben, den jungen Studierenden zu vermitteln, warum wir als größte Gewerkschaft für Polizeibesetzte auch für sie die beste Wahl sind. Getreu dem Motto „Wir sind nicht gut, weil wir groß sind, sondern groß, weil wir gut sind“ ging die Erfolgsgeschichte der GdP Hessen weiter. 75% der Studierenden hessenweit entschieden sich für die GdP. Im Nachfolgenden haben wir Berichte aus Mühlheim, Gießen, Kassel und Wiesbaden.

Standort Mühlheim

175 erwartete Studierende an dem Studienort Mühlheim – umfangreiche logistische Vorbereitungen – ein starkes Kompetenzteam – die Lust, junge Menschen für unsere Sache zu begeistern.

Durch Andreas Grün, Anna Rasche (Junge Gruppe) und mich als den Standortverantwortlichen wurde in unsere aktualisierten GdP-Image-Film eingeleitet. In unserem gemeinsamen Auftreten bekam der Slogan „Gemeinsam sind wir stark“ ein Gesicht. In der Folge konnten wir uns vor kaum dem Interessentenansturm der Studierenden retten. Bereits an diesem ersten Tag konnten wir viele Neumitglieder begrüßen. Wir waren alle euphorisiert und freuten uns auf den darauffolgenden Tag. Auch hier riss der Ansturm nicht ab. Unser Konzept, von Jung bis Senioren alle in unser Kompetenzteam aufzunehmen, schlug ein wie eine Bombe. In mehreren Gesprächen mit den „Neustudenten“ wurde die „Seriosität“ unseres Auftretens die „Kompetenz“ in den Gesprächen betont, die Ausschlag dafür waren, sich für unsere GdP zu begeistern. Am Freitagmittag konnten wir den Großteil der Studierenden in der GdP begrüßen. Ein besonderes Lob ist Torsten Henkes und Antje Heuser vom Signal-Iduna-Team zu zollen. Beide konnten ab Donnerstag kompetent alle Fragen rund um Versicherungsleistungen beantworten. Mit beiden waren die „Arbeitsabläufe“ der Mitgliederbetreuung optimiert. So, und nur so, konnte der Ansturm gewährleistet werden.

Alle Beteiligten erfreuten sich an einer äußerst gelungenen Veranstaltung. Die Skepsis, ob die Strategie, von



„Jung bis Alt“ alle in die Mitgliederwerbung einzubauen, zeitgemäß sei, wurde durch den Erfolg vom Tisch gefegt.

Klaus Otto

Standort Gießen

Auch am Standort Gießen begann im Februar 2018 für 73 junge Frauen und Männer ein neuer Lebensabschnitt: das Studium bei der hessischen Polizei.

Aufgeteilt in drei Klassen – davon zwei Klassen mit direktem Einstieg in die Laufbahn der Kriminalpolizei – starteten die Berufsanfänger zunächst mit der Erforschung der Räume am Standort. Am zweiten Studientag stand dann die Berufsvertretungsstunde – also die Vorstellungsrunde der drei Berufsvertretungen im Polizeibereich – auf dem Stundenplan.

Die jungen Studierenden gingen das Thema Gewerkschaften sehr bedacht an und informierten sich zunächst

gründlich, bevor sie sich für eine der Gewerkschaften entschieden. Eine recht hohe Anzahl entschloss sich dabei aber auch, zunächst keiner Gewerkschaft beizutreten.

Für das Standpersonal waren also zahlreiche und tiefgründige Gespräche angesagt, bevor sich die jungen Kolleginnen und Kollegen für eine Gewerkschaft entschieden. Positiv wurde nicht nur der Image-Film der GdP bewertet, auch das Auftreten der Gewerkschafter in der Vorstellungsrunde wurde als sehr angenehm beschrieben.

Neu in diesem Jahr war – neben der wieder ausgegebenen PDV 100, die einige Jahre nicht im Polizeifachhandbuch abgedruckt werden durfte – die Möglichkeit, das Studium statt mit einer Einsatztasche mit einem Rucksack als Eintrittsgeschenk zu beginnen. Dies lockte auch zahlreiche Interessenten an den Stand, die sich bereits seit längerer Zeit im Studium befinden. Sie interessierten sich für den hochwertigen



BERUFVERTRETUNGSSTUNDE



Rucksack und hatten auch sonst die ein oder andere Frage zum Studium oder der GdP im Gepäck.

Insgesamt war so der Aufenthalt am Stand für die zahlreichen Helfer mehr als kurzweilig. Bei diesen Helfern möchten wir uns an dieser Stelle herzlich bedanken!

Bleibt zu erwähnen, dass Holger Schmidt seit mehr als zehn Jahren für die Ausrichtung am Standort Gießen verantwortlich zeichnet und nunmehr auf die „silberne Berufsvertretungsmedaille“ zusteuert – hierfür gebührt auch Holger ein herzliches Dankeschön!

Harald Zwick

Standort Kassel

Uns waren 125 neue Kolleginnen und Kollegen für Mitte Februar für den Studienort Kassel angekündigt worden! Die Landesregierung schien redlich bemüht, ihr Wort mit 1000 Neueinstellungen pro Jahr zu halten. Doch es kam anders.

Schon wenige Tage vor dem Start der Berufsvertretungsstunde wurde die Zahl von 125 Menschen auf 96 für Kassel reduziert und es kamen im Februar nur 84 Anwärter an. Eine Dienststelle in der Stärke der Polizeistation Hess. Lichtenau, die es nie geben wird! Auch an den anderen hessischen Standorten wurde die Zahl der Fehlstellen wie in Kassel nicht kompensiert.

Gründe für die vielen Absagen sind wohl der nicht attraktive Studienort Kassel, viele potenzielle Anwärter lasen sich wohl lieber ein halbes Jahr zurückstellen, um dann in Wiesbaden oder Mühlheim anfangen zu können.

Hier wird für das Polizeipräsidium Nordhessen in den kommenden Jahren ein gewaltiges Problem entstehen,

junge Menschen zu finden, die auch bereit sind in Nordhessen Dienst zu versehen. Zwangsversetzungen nach Nordhessen werden vermutlich in den nächsten Jahren erfolgen.

Bei den Kolleginnen und Kollegen, die dann doch bei uns angefangen haben, konnten wir mit dem festen GdP-Team, das sich schon mehrfach bewährt hatte, und anderen fleißigen Helfern wieder viele junge Menschen überzeugen, in die GdP einzutreten. Unser Vortrag wurde von Christoph Möhring, Uwe Tenbusch und Tobias Flierl gehalten.

Nach sieben Tagen mit einem Stand vor dem Audimax im Lehrsaalgebäude konnten wir wieder mehr als drei Viertel der Anwärter für die GdP in Kassel gewinnen.

Euch allen noch einmal an dieser Stelle „Herzlich willkommen“!

Bei allen Helfern möchte ich mich hier recht herzlich bedanken für den super Job.

Stefan Ruppel

Standort Wiesbaden

Montag, 19. Februar 2018 – Stau in der Schönbergstraße – der Anlass ist

ein schöner: Die „Neuen“ sind da am Standort Wiesbaden. 75 Studienanfänger beginnen an diesem Tag ihre Ausbildung bei der Polizei.

Es klappt alles, alle bekommen einen Parkplatz, alle werden eingewiesen und alle sind pünktlich zur Begrüßung.

Auch für die Kreisgruppe HPA sind es spannende Tage, diese ersten beiden Wochen der Neueinstellung.

Vorstellung der Gewerkschaften, Berufsvertretungsstunde, Nachbetreuung am Infostand und die dazugehörigen Vorbereitungen wären für die Kreisgruppe eine schwer zu stemmende Aufgabe ohne Unterstützung. Diese gibt es zum Glück durch die Bezirksgruppe PZBH und die Junge Gruppe, die für die Berufsvertretungsstunde verantwortlich ist.

Einsatztaschen und Fachhandbüchern werden geschleppt, gelagert und ausgepackt, um am Einstellungstag für die neuen Kollegen, die in die GdP eintreten, sofort zur Verfügung zu stehen.

Und so schließen sich spannende Tage an, an denen die KG HPA für die neuen Kollegen präsent ist, berät, aufklärt und wo am Infostand auch mal süße „Nervennahrung“ und das eine oder andere Schlüsselband oder Give-away den Besitzer wechseln.

Der Infostand ist in den Pausen immer dicht umlagert und die neuen Kollegen sind interessiert an Gewerkschaftsarbeit, kommen auf die GdPler zu, hinterfragen aber auch mal kritisch.

Die Arbeit hat sich gelohnt, viele neue Mitglieder dürfen wir nun in der Kreisgruppe HPA begrüßen. Es hat auch viel Spaß gemacht und die Kreisgruppe ist auch weiterhin Ansprechpartner Nr. 1 auf der HPA.

Herzlich willkommen bei der Polizei, herzlich willkommen in der GdP.

Marika Hertling



JUNGE GRUPPE Hessen auf der 15. Bundesjugendkonferenz in Potsdam vertreten



Hessische Delegation: (v. l.) B. L., Franziska Wernz, Diane Stein, Tom Muschalski, Tobias Flierl, A. A., Gianina Petermann, Marcel Müller, Anna Maria Raschke.

Unter dem Motto „WER, wenn nicht WIR!“ fand am 9. und 10. April 2018 in Potsdam die 15. Bundesjugendkonferenz (BJK) statt. Die mehr als 100 Delegierten aus Bund und Ländern diskutierten, berieten und stimmten über etwa 73 Anträge ab. Die eingereichten Anträge sowie die im Rahmen der 15. BJK verabschiedete Resolution beschäftigen sich schwerpunktmäßig mit den gewerkschaftspolitischen Themen „Gewalt gegenüber Polizeibeamten/-innen“, „Dringend benötigter Personalauswuchs“, „Erhalt der Einstellungs-voraussetzungen trotz Einstellungs-offensive“, „Re-Föderalisierung“, „Schaffung von Ausgleichszahlungen in Hochpreisregionen“, „Moderne Ausrüstung und Ausstattung“, „Digitalisierung und verstärkte Vernetzung der Polizeien“, „Optimierung der Vereinbarkeit von Familie, Pflege und Beruf“, „Auseinandersetzung mit der Rolle der Polizei im NS-Staat“ sowie „Stärkeres (politisches) Vorgehen gegen Radikalisierung und Extremismus in Deutschland und Europa“.

Doch auf der BJK wurde nicht nur über Anträge gestritten, debattiert und philosophiert, sondern ebenfalls ein neuer Bundesjugendvorstand gewählt!

Mit knapper Mehrheit wurde Niels Sahling (Hamburg) zum Vorsitzenden gewählt und konnte sich somit gegen

seinen Gegenkandidaten Christoph Möhring (Hessen) durchsetzen.

Seine Stellvertreter sind Ramin Kalali Enghani (Bremen), Michael Flis

(Rheinland-Pfalz), unsere Hessin Anna Maria Raschke sowie Martin Friese (Bundespolizei).

Zum Kassierer wurde Felix Rößger (Niedersachsen) gewählt, dessen Vertretung künftig Maria Arndt (Meckl.-Vorpommern) übernimmt.

Zum Schriftführer wurde Christian Ehringfeld (BKA) gewählt. Das Amt des stellvertretenden Schriftführers übernimmt Christian Emmerich (NRW).

Wir wünschen dem neuen Vorstand viel Erfolg und Durchsetzungsvermögen! Besonders freuen wir uns darüber, dass mit Anna Maria Raschke Hessen auch diesmal im Bundesjugendvorstand vertreten ist.

Neben der Wahl des neuen Vorstandes wurde im Rahmen der BJK endlich die neue (und von vielen lang ersehnte) GdP-App vorgestellt, die ab sofort für iOS und Android im App Store erhältlich ist.

Marcel Müller,
Landesjugendvorsitzender Hessen

Anzeige

POLIZEI
DEIN PARTNER
Gewerkschaft der Polizei

Wir brauchen dich!

Der VDP – der Verlag deiner Gewerkschaft – sucht Kollegen, die neben Beruf oder Ruhestand Zeit und Lust für eine gut bezahlte Tätigkeit als freiberuflicher Anzeigenverkäufer in Hessen haben.

Hilf uns, unsere Präventionsschriften für die GdP in Hessen zu bewerben und herauszubringen.
Nähere Informationen erhältst du unter www.VDPolizei.de.
Oder ruf uns an unter Telefon 0211/7104-183 (Antje Kleuker).

Wir freuen uns auf die Zusammenarbeit mit dir!



VERLAG DEUTSCHE POLIZEILITERATUR GMBH
Anzeigenverwaltung
Ein Unternehmen der Gewerkschaft der Polizei
Forststraße 3a, 40721 Hilden
Telefon 02 11 / 71 04-183, Frau Antje Kleuker
Antje.Kleuker@VDPolizei.de
www.VDPolizei.de



SENIORENGRUPPE

8. Bundesseniorenkonferenz „Erfahrung gestaltet Zukunft“

Ewald Gerke aus Hessen zum stellvertretenden Vorsitzenden gewählt

In seiner Begrüßungsrede sagte der Bundesvorsitzende Oliver Malchow, dass der Polizeiberuf in vielen Bereichen auf Erfahrung angewiesen ist. Erfahrung bereichere aber auch die Organisation GdP und deshalb begrüße er das Motto der Senioren. Die Senioren seien ein wichtiger Bestandteil der Gewerkschaft der Polizei.

Zu Beginn warnte der Bundesessenorenvorsitzende Winfried Wahlig vor der Ausgrenzung älterer Menschen durch die fortschreitende Digitalisierung des Alltags. Es müsste mehr Hard- wie Software entwickelt werden, die den Fähigkeiten von Senioren angepasst ist. Auch für Senioren, die den digitalen Wandel nicht mitgehen wollten, müssten Möglichkeiten geschaffen werden, damit diese nicht abgekoppelt werden.

Bei den Wahlen zum geschäftsführenden Vorstand trat Ewald Gerke aus Fulda für die Funktion des stellvertretenden Vorsitzenden an. Im ersten Wahlgang errang er eine deutliche Mehrheit an Stimmen gegen den bisherigen Amtsinhaber Peter Leiste aus Hamburg. Als Vorsitzender wurde Winfried Wahlig (BKA) wiedergewählt. Horst Müller (Rheinland-Pfalz), stellv. Vorsitzender, Sigrid Gräde (Brandenburg), Schriftführerin, und Werner Fischer (Baden-Württemberg), stellv. Schriftführer, sind die weiteren Mitglieder des geschäftsführenden Bundessenorenvorstandes. Der Bundessenorenvorstand besteht aus dem geschäftsführenden Vorstand und den Landessenorenvorsitzenden. Für Hessen ist das der Mittelhesse Harald Dobrindt.

110 bundesweit nach Potsdam angereiste Delegierte hatten 36 Anträge zu beraten und beschließen. Aus Hessen waren dies Erika Büttner (PZBH), Ursula Hess (SH), Harald Dobrindt (MH), Ewald Gerke (OH), Jörg Schumacher (SOH), Bernd Braun (FFM), Michael Messer (WH) und Volker Zeidler (NH). Alle hessischen Anträge nahmen die Delegierten – teils mit redaktionellen Änderungen, an. Bei den 36 Anträ-



Die hessischen Delegierten (v. l.): Bernd Braun, Ursula Hess, Jörg Schumacher, Ewald Gerke, Volker Zeidler, Erika Büttner, Michael Messer und Harald Dobrindt

gen ging es z. B. um die steigende Zuzahlung zu Medikamenten bis hin zu kostenlosen oder erheblich preisreduzierten Fahrten in öffentlichen Verkehrsmitteln für Rentner und Pensionäre...

Einen hochinteressanten Vortrag hielt der Oldenburger Polizeiseelsorger Axel Kullik zum Thema „Im Alter am Ball bleiben“. Sein Wahlspruch: „Ob ich alt bin oder nicht, entscheide immer noch ich und nie-

mand sonst!“ Er forderte auf, dass man Neues lernen und seine Potenziale nutzen soll. Tun Sie das, was Ihnen Spaß macht, war sein Ratsschlag.

Nach einer dreitägigen gelungenen Veranstaltung entließ Volker Zeidler aus Kassel, als Verhandlungsleiter, die Delegierten.

Text und Fotos: Harald Dobrindt



Harald Dobrindt, Landessenorenvorsitzender Hessen (r.), gratulliert Ewald Gerke zur Wahl in den geschäftsführenden Bundessenorenvorstand



Die 1.-Mai-Demonstration in Frankfurt

Der DGB- Stadtverband Frankfurt am Main hatte für den 1. Mai 2018 zur Demonstration aufgerufen. Dieses Jahr stand die Demonstration unter dem bundesweiten Motto: „Solidarität, Vielfalt, Gerechtigkeit“. In Hessen nahmen fast 20 000 Menschen an den Mai-Demonstrationen teil. In Frankfurt am Main fand die größte Kundgebung statt. Es versammelten sich gegen 10.30 Uhr ca. 6000 Menschen vor dem Eingang des Günthersburgparkes. Die GdP-Bezirksgruppe Frankfurt/Main war auch dieses Mal mit einigen Ordnern vertreten, um auch einen Teil dazu beizutragen, dass für einen geordneten Verlauf der Demonstration zugesorgt wird. Der Demonstrationzug in Frankfurt am Main führte vom Günthersburgpark durch die City und endete auf dem Römerberg. Der Römerberg war bereits beim Eintreffen des Demonstrationzuges von vielen Gruppierungen verschiedener Nationalitäten mit verschiedenen Anliegen sehr gut besucht. Der Verein „Leben und Arbeiten im Gallus“, hatte einen Holzsteg zur Unterkunft umgebaut.



Eine Kochplatte, drei Teller, vier Bücher, eine Dusche und ein Kleiderständer sollten der Forderung nach bezahlbarem Wohnraum mehr Gewicht geben. Gerade in Frankfurt ist die Forderung nach bezahlbarem Wohnraum dringender denn je. Der Frauenverband Courage plädierte für verträgliche Arbeitsbedingungen und einen Mindestlohn, der es ermöglicht, eine Familie zu ernähren. Die Kundgebung auf dem Römerberg fand gegen 12 Uhr statt. Redner waren dieses Jahr der DGB-Vorsitzende Frankfurt am Main, Philipp Jacks, der Oberbürgermeister von Frankfurt am Main, Peter Feldmann, und die Bundesvorsitzende der Gewerkschaft NGG, Michaela Rosenberger. Der DGB-Vorsitzende Frankfurt am Main, Philipp Jacks, ging zunächst auf die besondere Tradition des 1. Mai ein. Der 1. Mai ist in der Landesverfassung als Tag der sozialen Gerechtigkeit, für Frieden, Völkerverständigung festgeschrieben. Er erinnerte auch an Karl Marx, der am 5. Mai vor 200 Jahren geboren wurde. Karl Marx habe den Kapitalismus grundlegend analysiert und nach wie vor gültige Bezugspunkte geschaffen. Philipp Jacks betonte in seiner Rede, dass es auch in Zukunft Arbeitskämpfe geben wird. Die Arbeitnehmer müssen an den wirtschaftlichen Profiten beteiligt werden. Er erinnerte auch an die 68er vor 50 Jahren. Zwei Jahre vorher gründete sich die NPD. Philipp Jacks ging auf den wieder erwarteten Rechtspopulismus ein. Er forderte ve-

hement, dass dagegen „groß, zahlreich und laut“ vorgegangen werden muss. Am 1. September, der als Beginn der deutschen Invasion in Polen in die Geschichtsbücher eingegangen ist, werde es in diesem Jahr in Frankfurt ein Rockkonzert vor der Alten Oper geben. Der Oberbürgermeister von Frankfurt, Peter Feldmann, wird „Rock gegen rechts,“ unterstützen. Er betonte wörtlich: „Die Stadt Frankfurt wird Flagge zeigen.“ Er appellierte in seiner Rede an den sozialen Zusammenhalt. Frankfurt solle für eine solidarische, starke und soziale Stadt stehen. Die Bundesvorsitzende der Gewerkschaft NGG, Michaela Rosenberger, ging in ihrer Rede darauf ein, das keine andere Stadt in Deutschland ein „Sinnbild des Kapitals“, aber auch „der Internationalität“ wie Frankfurt sei. Sie verteidigte ausdrücklich das Arbeitszeitgesetz, das Unternehmerverbände im Zuge der Digitalisierung durchlöchern wollen. Nach den Reden gab es noch einige musikalische Darbietungen, die den kämpferischen Tag abrundeten.

Uwe Nachtwey

STERBEFÄLLE

Es starben

Johanna Springer
Martha Johanna Pfeiffer
Dosta Bauer

Bezirksgruppe Frankfurt
Karl Zoubek

Kreisgruppe Bergstraße
Lothar Grimm

Kreisgruppe Main-Kinzig
Helmuth Herrmann

Kreisgruppe Gießen-Wetzlar
Wilfried Rasch

Kreisgruppe Kassel

Wir werden den Verstorbenen ein ehrendes Andenken bewahren!



DEUTSCHE POLIZEI
Ausgabe: **Landesbezirk Hessen**

Geschäftsstelle:
Wilhelmstraße 60a
65183 Wiesbaden
Telefon (06 11) 99 22 7-0
Telefax (06 11) 99 22 7-27
Adress- und Mitgliederverwaltung:
Zuständig sind die jeweiligen
Geschäftsstellen der Landesbezirke.

Redaktion:
Markus Hüschentz (V.i.S.d.P.)
c/o Gewerkschaft der Polizei
Landesbezirk Hessen
Wilhelmstraße 60a
65183 Wiesbaden

Verlag und Anzeigenverwaltung:
VERLAG DEUTSCHE
POLIZIELITERATUR GMBH
Anzeigenverwaltung
Ein Unternehmen der
Gewerkschaft der Polizei
Forststraße 3a, 40721 Hilden
Telefon (02 11) 71 04-1 83
Telefax (02 11) 71 04-1 74
Verantwortlich für den Anzeigenteil:
Antje Kleuker
Es gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 40
vom 1. Januar 2018

Herstellung:
L.N. Schaffrath GmbH & Co. KG
DruckMedien
Marktweg 42-50, 47608 Geldern
Postfach 14 52, 47594 Geldern
Telefon (0 28 31) 3 96-0
Telefax (0 28 31) 8 98 87

ISSN 0170-6446

